

Rat der deutschsprachigen Jugend V.o.G.

Demokratie kritisch (er)leben!

Standpunkt zur politischen Bildung

Eupen, den 25. Mai 2013

Inhalt

| | |
|---|---|
| Demokratie kritisch (er)leben!“ | 3 |
| 1. Politische Bildung und die Demokratiekompetenz | 4 |
| 1.1. Politische Bildung als Staatskunde | 4 |
| 1.2. Politische Bildung als Sozialkunde..... | 5 |
| 1.3. Politische Bildung und die Medienkompetenz | 5 |
| 1.4. Menschenrechtsbildung als Teil der politischen Bildung | 6 |
| 1.5. Politische Bildung und nachhaltige Entwicklung | 6 |
| 1.6. Politische Bildung, Sexualaufklärung und Gender..... | 6 |
| 2. Politische Bildung im formellen Lernen | 6 |
| 3. Politische Bildung im nicht-formellen und informellen Lernen | 7 |

Demokratie kritisch (er)leben!“

„Eine funktionierende Demokratie lebt davon, dass die Bürger¹ mitdenken, mitreden, mitentscheiden und mitverantworten. Und das nicht nur an der Wahlurne sondern auch zwischen den Wahlen.“² Daher ist es wichtig, dass die Bürger, jung und alt, das politische System ihres Staates begreifen und sich bewusst machen, dass ihre Stimme etwas verändern kann. Dies ist der Kerngedanke der politischen Bildung.

Die Einführung der Bürgerkunde in den Sekundarschulen und in der mittelständigen Ausbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) ist dem Rat der deutschsprachigen Jugend (RdJ) schon seit sehr vielen Jahren ein Anliegen. Diesbezüglich verfasste er bereits im Jahr 2005 ein entsprechendes Gutachten³. Mit diesem machte er auf die wichtigsten Inhalte und die Notwendigkeit einer methodischen Durchführung aufmerksam. Durch den nun vorliegenden Standpunkt möchte der RdJ sein damaliges Gutachten aufgreifen, ausweiten und somit zur Gestaltung der politischen Bildung im formellen, nicht-formellen und informellen Lernen beitragen.

Ein Aufgreifen des Gutachtens wurde dadurch notwendig, dass sowohl der „*Leitfaden Partizipation*“ als auch der Standpunkt „*Ich wähle, also bin ich!*“ die Wichtigkeit der politischen Bildung unterstreichen, aufgrund ihrer Zielsetzung aber nicht näher auf dieses Konzept eingehen konnten. Doch genau diese beiden Dokumente bilden das Kernstück der Grundüberzeugung des RdJ, warum wir politische Bildung brauchen und was wir mit dieser hinzugewonnen Demokratiekompetenz erreichen möchten. Eine Wiederbelebung des bestehenden Gutachtens zur Bürgerkunde wurde somit das Ziel.

Das Ausweiten des Gutachtens ist dabei eine logische Konsequenz eines sich weiterentwickelnden Jugendrates der DG und wurde auf zwei Ebenen notwendig: zum Einen greift die politische Bildung zu kurz, wenn sie ausschließlich im formellen Bereich genutzt wird. Auch das informelle und nicht-formelle Lernen spielen eine komplementäre und nicht zu unterschätzende Rolle in der politischen Bildung. Der RdJ wies in seinem ersten Gutachten zum Jugenddekret⁴ auf die grundlegende Bedeutung informeller Lernprozesse in allen Bereichen der Jugendarbeit hin. Dabei bezieht er sich auf die Mitteilung der Europäischen Kommission „*Einen europäischen Raum des Lebenslangen Lernens schaffen*“⁵ aus dem Jahr 2001, welche die Konzepte des nicht-formellen und des informellen Lernens zwar deutlich unterscheidet, aber konsequent gleichwertig behandelt. Zum Anderen ist auch eine ausschließliche Ausrichtung auf den rein formell-institutionellen Aspekt der Politik nicht ausreichend. So ist die „civic education“ im angelsächsischen Raum beispielsweise von der politischen Bildung in den deutschsprachigen Ländern sowohl in der Methodik als auch in ihren Inhalten zu unterscheiden.

Demzufolge wird in diesem Standpunkt erst das Konzept der politischen Bildung, als auch deren Zielsetzungen und Schwerpunkte definiert werden, bevor deren Anwendung und Vermittlung im formellen Bildungssystem sowie durch nicht-formelles und informelles Lernen beschrieben wird.

¹ Keinesfalls aufgrund mangelnder Sensibilität, sondern aus Gründen einer besseren Lesbarkeit, wird in diesem Dokument die männliche Form benutzt. Selbstverständlich sind beide Geschlechter gemeint.

² Rat der deutschsprachigen Jugend, Standpunkt „Ich wähle, also bin ich!“, 2012.

³ Rat der deutschsprachigen Jugend, Gutachten Bürgerkunde, 2005.

⁴ Rat der deutschsprachigen Jugend, Gutachten zum Vorentwurf eines Dekrets zur Förderung der Jugendarbeit, Januar 2011.

⁵ Siehe hierzu: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/publ/pdf/ll-learning/area_de.pdf

1. Politische Bildung und die Demokratiekompetenz

In einer demokratischen Gesellschaft wie der unseren definiert sich politische Bildung durch:

- die systematische Vermittlung von Verständnis des demokratischen Systems;
- die Stärkung einer demokratischen Handlungskompetenz;
- die Förderung mündiger, kritischer und selbstbestimmter Bürger.

Anders ausgedrückt: die Bürger erlernen durch politische Bildung die Demokratie zu leben, zu erleben und diese zu beleben. Politische Bildung ermöglicht erst eine verantwortungsbewusste Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Die objektive und offene Information steht demzufolge in der politischen Bildung zentral. Zwar ist ein Werturteil durch den Anbieter nicht immer vermeidbar, es darf aber keinesfalls auferlegt werden und muss auch als persönliches Werturteil des Anbieters erkennbar sein. Denn die Entwicklung eines eigenen politischen Weltbilds durch den Konsumenten ist ebenfalls ein Ziel der politischen Bildung. Die „Anbieter“ der politischen Bildung sind die Schulen, die Jugendeinrichtungen, die in der Erwachsenenbildung tätigen Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen und die „politischen“ Organisationen im weitesten Sinne, wie beispielsweise Parteien, Interessensvertretungen u.a. Auch liefern die Medien - nicht nur die öffentlich-rechtlichen - einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung. Dies erfordert wiederum eine sichere Medienkompetenz.

Die Anbieter politischer Bildung müssen darauf achten, dass die von ihnen zur Verfügung gestellten Informationen korrekt, ausgewogen und aktuell sind. Es sollte also vermieden werden, dass überholte theoretische Konzepte, Fehlinformationen und einseitige Sichtweisen vermittelt werden. Nur so ist ein Angebot neutral und aktuell.

Die politische Bildung richtet sich keineswegs ausschließlich an Kinder und Jugendliche. Auch Erwachsene müssen sich in einem, sich ständig weiterentwickelnden, politischen System zurechtfinden können, um aktiv an der Gesellschaft partizipieren zu können. „Konsumenten“ sind daher Schüler, Kinder und Jugendliche in den Jugendeinrichtungen, Teilnehmer von Schulungen im Erwachsenenbildungsbereich, Mitglieder von politischen Organisationen, Medienkonsumenten und natürlich jeder andere Bürger und jede andere Bürgerin.

Durch lebenslanges soziales und multikulturelles Lernen wird ein demokratisches Handeln und Denken vermittelt und somit sichergestellt, dass Demokratie und die Zivilgesellschaft auch in der Praxis funktionieren. Dies wirkt nicht zuletzt auch extremistischen, fundamentalistischen und totalitären Tendenzen entgegen. Politische Bildung darf sich daher keinesfalls auf die reine Staatskunde beschränken, sondern muss in einem ganzheitlichen Ansatz alle Aspekte des politischen und sozialen Lebens abdecken und reflektiertes und kritisches Denken fördern. Dementsprechend gehen wir auf einige dieser Punkte gesondert ein. Die nun folgende Liste ist in keiner wertenden Reihenfolge aufgeführt worden, ist nicht erschöpfend und kann noch ausgebaut werden.

1.1. Politische Bildung als Staatskunde

Die Verbreitung und Weiterentwicklung der demokratischen Prinzipien und Errungenschaften unserer Gesellschaft, wie beispielsweise die rechtsstaatlichen und parlamentarischen Grundsätze, sind das Kernstück der politischen Bildung.

Somit ist das vornehmliche Ziel naturgemäß die Vermittlung von Kenntnissen über die verschiedenen formellen Institutionen (Parlamente, Regierungen, Rechtssysteme, Wahlsysteme,...) und informellen Institutionen, welche Entscheidungen und die Meinungsbildung beeinflussen (Parteien, Medien, Nichtregierungsorganisationen, Soziale

Partner, Lobbyisten, Unternehmen,...). Auch die Förderung der Kenntnisse der ökonomischen Grundstruktur und ihrer Auswirkungen auf das politische Geschehen ist essentieller Teil der Staatskunde.

Hierbei wird auch das Verständnis der politischen Zusammenhänge und Prozesse auf allen politischen Ebenen⁶ vermittelt und das Urteilsvermögens des Bürgers und somit seiner Fähigkeit zur kritischen Loyalität mit allen gesellschaftlichen Akteuren und Institutionen gefördert (Herrschafts- und Ideologiekritik). Durch diese Form des Empowerments und der Emanzipation wird die politische Partizipation an den verschiedenen Etappen des Entscheidungsfindungsprozesses gefördert.

1.2. Politische Bildung als Sozialkunde

Die Gesellschaft wird aber nicht nur durch ihr politisches System bestimmt sondern kennt auch soziale Strukturen, soziale und ethische Normen und eine Gesellschaftsordnung. Diese sind historisch gewachsen, haben sich im Laufe der Zeit stark verändert und werden dies auch weiterhin tun. Kenntnisse dieser Sozialstrukturen, Normen und der Gesellschaftsordnung dienen darum auch der Förderung der Nichtdiskriminierung durch soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Integration bzw. Inklusion von Menschen welche auf jedwede Art und Weise vom individuell genormten Idealbild abweichen (beispielsweise solche mit Migrationshintergrund, mit Behinderung oder aus anderweitig sozial-ökonomisch benachteiligten Lebenswelten).

Durch Sozialkunde wird einerseits die soziale Kompetenz gefördert, andererseits aber auch der interkulturelle und intergenerationelle Austausch erleichtert. Denn den anderen kennen zu lernen, Grenzen aufzuweichen sowie die Kenntnis der Kultur, sowohl der eigenen als auch der des Anderen, ist ein wesentlicher Bestandteil der Sozialkunde.

1.3. Politische Bildung und die Medienkompetenz

Das Verständnis der verschiedensten Medien und ihrer Bedeutung für das politische Zusammenleben, einschließlich des kritischen Umgangs mit diesen Medien, hat im Internetzeitalter eine besondere Bedeutung in der politischen Bildung erhalten. So verbreiten das Internet, soziale Netzwerke aber auch eher traditionelle Medien wie Print, Radio und Fernsehen Informationen, und tragen so gewollt oder ungewollt zur politischen Bildung bei. Dabei bleibt festzuhalten, dass eine neutrale Wissensvermittlung hier nicht immer gegeben ist. So konsumieren die Jugendlichen zwar viele Informationen; sie müssen diese aber auch filtern können um die relevanten Informationen zu erkennen und zu bewerten. Dies trägt zur Bewusstseinsbildung bei und befähigt zum autonomen, selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Denken und Handeln. Diese Medien haben durch Ihre Offenheit und Interaktionsmöglichkeiten auch ein nicht zu unterschätzendes, partizipatives Element. Daher ist es wichtig, dass die politische Bildung eine Förderung der Medienkompetenz umfasst:

1. Nutzungskompetenz in den verschiedenen Medien: beispielsweise ein Buch in der Bibliothek oder Informationen im Internet suchen, vergleichen, bewerten und nutzen können;
2. Kritikkompetenz durch die Schaffung einer kritischen Distanz zu den Medien: beispielsweise kommerzielle oder politische Interessen in journalistischen Beiträgen oder Hintergründe kostenloser Angebote erkennen können;
3. Gestaltungskompetenz zum Kreativwerden in den Medien und zum *Agenda setting*⁷: beispielsweise einen Leserbrief verfassen, an einer (Schüler)Zeitung mitarbeiten oder einen Internetblog erstellen/unterhalten.

⁶ lokal, regional, national, europäisch, international, global

⁷ Agenda setting bezeichnet den Versuch, ein Thema oder ein Konzept in der öffentlichen Meinung zu verankern um eine Debatte anzustoßen oder einen politischen Vorteil zu erzielen.

1.4. Menschenrechtsbildung als Teil der politischen Bildung

Menschenrechte sind nicht an ein politisches Staatskonzept gebunden, sondern haben universelle Gültigkeit; egal, ob der Mensch, der sich auf diese Rechte beruft, in einer Demokratie oder in einer Diktatur lebt. Den Menschenrechten muss entsprechend auch eine gesonderte Stellung in der politischen Bildung zuteilwerden. Die Menschenrechtsbildung soll die Menschen befähigen, die eigenen Rechte wahrzunehmen und sich für seine eigenen sowie die Rechte anderer aktiv einzusetzen. Nur wer seine Rechte kennt, kann sich auf diese berufen, deren Einhaltung einfordern und durch Projekte oder politische Initiativen umsetzen. Die Menschenrechtsbildung ist daher eine zentrale Voraussetzung, diese, als Grundpfeiler unserer demokratischen Gesellschaft, zu verwirklichen.

1.5. Politische Bildung und nachhaltige Entwicklung

Wie bereits im Standpunkt zur Nachhaltigen Entwicklung⁸ angesprochen wurde, ist nur die sektorenübergreifende und transversale Anwendung des Nachhaltigkeitskonzepts, und unter Berücksichtigung seiner drei Ebenen⁹, erfolgsversprechend. Wie das Konzept der Demokratie, so müssen wir auch „Nachhaltigkeit“ erst lernen – beispielsweise anhand von konkreten Bezügen zu unserer persönlichen Situation – bevor wir sie in einer demokratischen Gesellschaft leben und umsetzen können. Es ist dabei gleichfalls an den gegenwärtigen und zukünftigen Generationen, Nachhaltigkeit zu lernen. Mehr noch: Gerade junge Menschen, deren Weltbild und Konsumverhalten weniger gefestigt sind als die vieler älterer Mitbürger, sind am empfänglichsten für Sensibilisierungsmaßnahmen zum Gedanken der Nachhaltigkeit. Und gerade junge Menschen, die auf einen Lebensweg von sechzig oder mehr Jahren vorausblicken können, haben ein Interesse daran, diese Zukunft zu sichern.

1.6. Politische Bildung, Sexualaufklärung und Gender¹⁰

Zwar scheint die Sexualaufklärung auf den ersten Blick nicht wirklich in diese Auflistung zu passen, so hat sie aber dennoch ihren berechtigten Platz in der politischen Bildung. Zumindest dann, wenn sich die Sexualaufklärung nicht ausschließlich auf die biologischen und die gesundheitsbezogenen Aspekte der Sexualität konzentriert, sondern darüber hinaus auch auf die sozialen Aspekte und Folgen des Geschlechts eingeht. Diese Genderkompetenz fördert den Abbau traditioneller Geschlechterrollen, Stereotypen und die hieraus resultierenden Formen der Diskriminierung, sensibilisiert die Bevölkerung und vermittelt gendergerechte Ansätze die zum Gender-Mainstreaming beitragen. Selbstverständlich muss hierbei gleichfalls auf die besondere Situation der Menschen eingegangen werden, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden.

2. Politische Bildung im formellen Lernen

Die politische Bildung soll in die Lehrpläne der verschiedenen Fächer integriert werden. Erstens können diese Themen leicht in anderen Unterrichtsfächern integriert werden, ohne jedoch vollkommen in denselben aufzugehen. Zweitens sind diese Themen der politischen Bildung transversal und tangieren mehrere Fachgebiete zugleich. Zuletzt bedarf es zur Verinnerlichung der verschiedenen Konzepte nicht nur eines theoretischen Ansatzes sondern auch die mehrfache und unterschiedliche Behandlung in verschiedenen Unterrichtsfächern und durch verschiedene Lehrpersonen. Selbstverständlich ist die theoretische Vermittlung durch eine praxisnahe Projektarbeit zu komplettieren.

⁸ Rat der deutschsprachigen Jugend, Standpunkt zur nachhaltigen Entwicklung, 2009.

⁹ Soziale Nachhaltigkeit, wirtschaftliche Nachhaltigkeit, ökologische Nachhaltigkeit

¹⁰ Gender bezeichnet ein von sozialen und kulturellen Umständen abhängiges Geschlecht und damit eine soziokulturelle Konstruktion die von einem rein biologischen Aspekt der Sexualität zu unterscheiden ist.

Hierzu stehen den Lehrpersonen moderne und traditionelle Lehrmethoden zur Vermittlung dieser Kompetenzen zur Verfügung die unterschiedlicher kaum sein könnten:

- Lektüre und kritische Besprechung gesellschaftlich bzw. politisch relevanter Bücher und Artikel o.Ä.;
- Nutzung und Besprechung von Filmmaterial;
- Internetrecherchen;
- Vorstellung verschiedener Aspekte durch Gruppenarbeiten, Referate oder Aufsätze;
- Diskussionen aktueller und/oder gesellschaftlich relevanter Themen;
- Schaffung von Schülerräten oder anderen partizipativen Formen im Bildungswesen;
- Sowie verschiedenste Formen um die mitunter abstrakte Theorie durch Projektarbeit zu veranschaulichen¹¹.

Die Methode der Projektarbeit muss allerdings nicht ausschließlich zur Vertiefung und Verinnerlichung eingesetzt werden, sondern kann in ihren unterschiedlichsten Formen auch der Grundlagenarbeit dienen und zur Entdeckung der verschiedensten Aspekte beitragen. Zur konkreten Durchführung schlagen wir vor, dass den Lehrpersonen eine Vielzahl von möglichen, altersgerechten Projekten zur Verfügung gestellt wird. Natürlich darf dies einen Schulträger, eine Schule, einen Lehrer oder die Schüler nicht davon abhalten, eigene Projekte zu entwickeln. Zwecks differenzierter, kreativer und interaktiver Gestaltung der politischen Bildung schlagen wir die Einbindung von außerschulischen Partnern vor, nicht nur um diese Einrichtungen unserer Gesellschaft den Schülern näher zu bringen, sondern auch um die Projekte lebhaft und partizipativ gestalten zu können. Dies muss zusätzlich durch die Einbeziehung von Schülern in Planung und Durchführung der verschiedenen Projekte gefördert werden.

Der interdisziplinäre Ansatz, der für eine effektive Umsetzung im Bildungssystem notwendig ist, kann allerdings zu zwei Problemen führen: Einerseits kann es sein, dass sich hierdurch keiner der betroffenen Lehrpersonen wirklich verantwortlich fühlt und die Verantwortung auf andere abgeschoben wird. Andererseits muss unter allen Umständen sichergestellt werden können, dass die vermittelten Informationen qualitativ hochwertig und neutral sind. Daher ist es wichtig, den Schulen entsprechend ausgebildetes Fachpersonal in Form von wissenschaftlicher Begleitung durch Politologen, Kommunikationswissenschaftler, Soziologen, Juristen,... zur Seite zu stellen.

Hierzu sollte es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine VoG geben, welche ähnlich der Bundeszentrale für politische Bildung¹², diese Begleitung des Lehrpersonals übernimmt, Konzepte erarbeitet und eigene Initiativen im formellen, informellen und nicht-formellen Bereich durchführt. Zur Wahrung der politischen Neutralität dieser politischen Bildung sollten alle im PDG vertretenen Parteien sowie alle in der politischen Bildungen aktiven Beratungsorgane und andere VoGs in dieses *Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft für politische Bildung* VoG eingebunden werden. Eine weitreichende finanzielle Förderung durch die Gemeinschaft ist hierbei vonnöten, darf aber keinesfalls zum Spielball parteipolitischer Interessen werden oder vom Wohlwollen des zuständigen Ministers oder der Regierung abhängen.

3. Politische Bildung im nicht-formellen und informellen Lernen

Demokratie erleben ist immer besser als nur davon zu hören. Die direkte Partizipation junger Menschen ist somit eines der wichtigsten, wenn nicht gar *das* wichtigste Element der Jugendarbeit und sollte auch in allen anderen Lebensbereichen und Vereinigungen gelebte Realität sein. Ein Ehrenamt gibt jungen Menschen nicht nur eine Aufgabe, lehrt sie

¹¹ Vergleichen Sie hierzu die Anregungen, die der Leitfaden Partizipation bietet.

¹² Weitere Informationen zur Bundeszentrale für politische Bildung unter www.bpb.de

Verantwortung für das Umfeld und die gesamte Gesellschaft; sie ist in vielen Fällen die einzige Möglichkeit, den nötigen Arbeitseinsatz zu garantieren. Das Ehrenamt ist somit ein sehr wichtiges Element der politischen Bildung.

Insbesondere die Jugendarbeit¹³ fördert durch geeignete Angebote die individuelle, soziale und kulturelle Entwicklung junger Menschen unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse.¹⁴ Jugendeinrichtungen sind hierbei – unabhängig davon, ob sie von der öffentlichen Hand gefördert werden oder nicht – Vereinigungen junger Menschen, die durch unterschiedliche Methoden der informellen und nicht-formellen Bildung, Frei- und Experimentierräume für Jugendliche bieten, ihre gesellschaftliche Integration in die Gesellschaft fördern und durch ihre unterschiedliche Zielsetzungen (Werteorientierung) und Herangehensweisen Identifikationsmöglichkeiten geben. Die Jugendeinrichtungen basieren hierbei auf den Prinzipien der Selbstorganisation, der Freiwilligkeit, der Ehrenamtlichkeit, der Interessenvertretung und der Sozialisation.

Von zentraler Bedeutung ist hierbei das Prinzip der „Youth Leadership“. Dieses beinhaltet die systematische Förderung und Entwicklung des gesellschaftlichen Potenzials zur demokratischen Leitung der Jugendlichen durch ein selbstreflexives und selbstkritisches Bewusstsein und ein selbstbewusstes und eigenverantwortliches Handeln. So werden den Jugendlichen Grundfertigkeiten vermittelt und Verantwortung übertragen. Auch erhalten sie so direkt oder indirekt ein Feedback des eigenen Handelns. Hierzu gehören auch die Schlagworte „Selbstwirksamkeitserfahrungen“ und „Gestaltungskompetenzen“. Youth Leadership macht aus den Projekten der Jugendarbeit die Projekte der Jugendlichen selbst. Geschieht die Jugendarbeit integral *durch* die Jugendlichen, so leistet sie einen wertvollen und nicht zu unterschätzenden Beitrag zur politischen Bildung.

Das Konzept der Youth Leadership sollte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – und darüber hinaus – durch zwei Aspekte wesentlich gestärkt werden:

1. Gewährleistung der inhaltlichen, methodologischen und pädagogischen Kontrolle der Einrichtungen durch den Jugendsektor¹⁵ wodurch sich die staatlichen Einrichtungen auf die Durchführung der Jugendstrategie konzentrieren können.
2. Umsetzung des Prinzips des Co-Managements bei der Finanzierung der Aktivitäten der Jugendeinrichtungen sowie der strategischen Planung der Jugendpolitik. Das beste Beispiel ist hier der Jugendbereich des Europarates, der bereits seit 40 Jahren sehr erfolgreich nach diesem Prinzip funktioniert.¹⁶

Durch ihre Arbeit geben die Jugendeinrichtungen den Jugendlichen einen Platz in der Gesellschaft. Es ist aber ebenso wichtig, den Jugendlichen den Raum zur Verfügung zu stellen, sich einen Platz in der Gesellschaft zu schaffen, einen Platz an dem man ihnen zuhört, einen Platz an dem man sie wahrnimmt, einen Platz der ihnen die Möglichkeit gibt sich auszudrücken und sich zu verwirklichen. Einen Platz, an dem sie lernen was Demokratie ist und an dem sie Demokratie kritisch (er)leben.

¹³ In übertragenem Sinne können die folgenden Äußerungen auch für eine Vielzahl ähnlicher Bereiche, beispielsweise Menschenrechtsorganisationen, Kultur und Sozialvereinigungen, Interessensvertretungen u.v.m. Gültigkeit haben. Wir beschränken uns aus naheliegenden Gründen auf die Jugendarbeit.

¹⁴ Dekret der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit.

¹⁵ Rat der deutschsprachigen Jugend, Stellungnahme zum Bericht des Europarates über die Jugendpolitik in Belgien, Juni 2012.

¹⁶ Weitere Informationen zum Co-managementsystem des Europarats unter http://www.coe.int/t/dg4/youth/coe_youth/co_management_en.asp